

Eine abgesagte Messe zieht viele weitere Branchen in Mitleidenschaft. Hotels, die normalerweise Messebesucher beherbergen. Messebauer. Gastronomie. Allen geht Umsatz verloren. Und mit jeder neuen Krankmeldung aus der Wirtschaft geht es mit den Börsenkursen weiter bergab. Es gibt ein erstes Rettungsangebot der EZB – doch die Wirkung verpufft zunächst. Zu klein im Umfang, nach dem Dafürhalten der Börse, und in dieser Art Krise nicht angemessen. Dazu bedarf es flankierender Konjunkturprogramme des Staates.

Die Zahl der Neuinfektionen wird nun von der Welt genau verfolgt, wie der tägliche Blick morgens und abends aufs Fieberthermometer: Wie krank sind wir schon? Wie krank ist China noch? Immer getragen von der Hoffnung, dass die Zahl der Infizierten sinkt. Doch das Fieber steigt und steigt, exponentiell. Die Zahl der Infizierten geht in die Tausende und Hunderttausende. Steigt die Körpertemperatur über 42 Grad, droht der Tod – gibt es eine solch kritische Temperatur eigentlich auch für diesen Wirtschaftsvirus?

Inmitten der Unsicherheit reißen die wirtschaftlichen Kettenreaktionen nicht ab, und sie werden auch für jeden im Alltag sichtbar. Als die Schulen schließen, stellt sich vielen Eltern die Frage: Wohin mit meinen kleinen Kindern? Viele müssen unbezahlten Urlaub nehmen – was nicht ohne Folgen fürs Konto bleibt. Mit Einführung der Kontaktsperre in Deutschland am 22. März heißt es: alle auf Abstand. Jeder kann jetzt vor der eigenen Haustür sehen, was zuvor China und Italien und viele andere Länder erlebt haben: Restaurants und Cafés, Kaufhäuser und Boutiquen, Friseure und Physiotherapie-Praxen – alles geschlossen. Alle Geschäfte, die nicht dringend zum Leben notwendig sind. Deutschland im *Lockdown*. Einen offenkundigeren Beweis, dass die deutsche Wirtschaft leidet, gibt es nicht. Nur wenige Läden wie Lebensmittelgeschäfte, Apotheken und Drogerien dürfen noch verkaufen, in Berlin auch Buchhandlungen und Fahrradläden, in Hessen Baumärkte. Was lebensnotwendig ist, davon hat jedes Bundesland eine etwas andere Vorstellung.

Unser Alltag verändert sich radikal. In Supermärkten werden Einkaufswagen rationiert. Eine Art Ampelsystem für den Einlass. Nachrichten verfolgen ist jetzt eine Dauerbeschäftigung. Selbst das Radiohören fühlt sich anders an. Gibt es eigentlich keine Verkehrsnachrichten mehr? Der ADAC zieht eine positive Bilanz aus der Corona-Kontaktsperre: Das erste staufreie Osterwochenende seit Jahrzehnten. Das meiste Leben läuft jetzt digital und online. Arbeiten im Homeoffice. Einkaufen im Onlineshop. Freunde treffen im Netz. Schulaufgaben per E-Mail. Fernsehen gegen die Langeweile. Deshalb hat die Krise wie jede Krise auch Gewinner. Sie heißen Netflix und Co. Profiteure sind auch Social-Media-Plattformen, IT-Firmen mit Software für Videokonferenzen, Biotech- und Pharmafirmen mit der Aussicht auf die Entwicklung eines Super-Impfstoffs. Nicht alles ist down in der Wirtschaft. Amazon stellt 100 000 Mitarbeiter zusätzlich ein. Viele sind jetzt im Internet auf der Suche nach dem, was knapp ist: Desinfektionsmittel, Atemschutzmasken, Fieberthermometer, WC-Papier. Erstaunlicherweise steigen nicht bei allen Onlineshops die Verkaufszahlen. Bei Modehändler Zalando geht die Nachfrage zunächst zurück. Über die Gründe kann man nur spekulieren. Der Chef des schwäbischen Freizeitmodeherstellers Trigema, Wolfgang Grupp, glaubt: »Wenn ich nur noch zu Hause bin, kann ich aus dem Kleiderschrank leben.« Da brauche man keine neue Mode. Die Menschen dürften sich aber auch aus psychologischen Gründen zurückhalten beim Online-Kauf: aus Angst vor der wirtschaftlichen Zukunft. Aus Sorge, in der Coronakrise den Job zu verlieren. Eine ungewisse Zukunft lähmt Konsumlust, erst recht bei eher verzichtbaren neuen Kleidungsstücken.

Wirtschaftsexperten und Politiker sprechen es jetzt klar aus: Die Rezession ist unvermeidbar. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) rechnet mit einem Wirtschaftsabschwung, der mindestens so

stark ist wie 2009. Damals wütete die Finanzkrise und fraß sich in viele Bereiche unseres Wirtschaftssystems. Es könnte sogar noch düsterer werden, errechnen die Wirtschaftsforscher des Münchener ifo-Instituts. Die Wirtschaftsleistung könnte sogar bis zu 20 Prozent zurückgehen, wenn die Wirtschaft drei Monate stillstehen muss. Jede Woche Stillstand koste die deutsche Wirtschaft 42 Milliarden Euro, errechnen die ifo-Wirtschaftsforscher. Wenn sich ein Virus im Körper ausbreitet, über die Blutbahnen, entzündet sich alles und es besteht die Gefahr einer Blutvergiftung. Ohne Beatmungsmaschine, ohne Intensivstation droht der Exodus. Das Gleiche droht der deutschen Wirtschaft: gefährliche Kettenreaktionen bis hin zu Pleiten. Deshalb feuern Europäische Zentralbank (EZB) und Bundesregierung jetzt auch aus allen Rohren, um gegen die Auswirkungen des Virus vorzugehen. Die EZB mit einem 750 Milliarden Euro schweren Notfallprogramm. Die Regierung schnürt ebenfalls 750 Milliarden Euro zu einem Hilfspaket – das größte in der deutschen Geschichte. Der Inhalt: Schutz für Mieter, Kredite für Unternehmen, Zuschüsse für Selbstständige. In vielen Ländern gibt es jetzt solche wirtschaftlichen Anti-Corona-Medikamente von Regierungen und Notenbanken. Das gibt den Börsen wieder Auftrieb.

Zwar verschulden sich die Staaten dafür erheblich. Aber eine Konkurswelle hinzunehmen, wäre lebensbedrohlich für den Wirtschaftspuls. Banken müssten Kreditausfälle abschreiben und könnten selbst in Not geraten. Dadurch könnte sich die ohnehin extreme Lage weiter zuspitzen zu einer Finanzkrise. Die südlichen Euroländer leiden in Sachen Corona noch weit mehr als Deutschland. Daher schwebt auch eine neue Eurokrise wie ein Damoklesschwert über uns. Das gilt es, um jeden Preis zu verhindern. Doch trotz des gigantischen Rettungspakets ist die Gefahr noch nicht gebannt. Es verhält sich genauso wie bei den medizinischen Schäden durch den Coronavirus. Die Langfristschäden für die Wirtschaft sind noch nicht absehbar. Sie werden noch lange auf uns lasten. Ebenso die Schulden. Es ist durchaus möglich, dass es am Ende heißt: OP gelungen, Patient tot.

# Wirtschaftliche Zukunft auf Messers Schneide

Die wirtschaftliche Zukunft ist schwarz. Tiefschwarz. In vielen Wirtschaftsbereichen stocken die Geschäfte, selbst dann noch, als die Corona-Schutzmaßnahmen immer weiter gelockert werden. Sicher, es gibt beachtliche Hilfsprogramme. Der Rettungsschirm bietet aber keinen allumfassenden Schutz. Viele Betriebe werden trotzdem aufgeben müssen oder zittern um ihre Existenz. Dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zufolge sind mehr als 10 Prozent der Mittelständler von einer Pleite bedroht. Laut einer Umfrage befürchten sogar 20 Prozent der deutschen Unternehmen das Aus für ihre Firma. Denn: Wenn der Umsatz für Wochen bei null liegt, wie sehr helfen da Kredite, die später nur mühsam wieder getilgt werden können? Eine große branchenübergreifende Pleitewelle könnte sich aufbauen, schon im Herbst – Insolvenzen, die durch die Hilfsprogramme nur verschleppt werden. Kleinbetriebe, Selbstständige und Freiberufler bekommen immerhin direkte Zuschüsse vom Staat, die sie nicht zurückzahlen müssen. Doch ob das ausreicht, ist fraglich. Die Hilfgelder sind gedacht für Fälle akuter Not, um Rechnungen zu bezahlen, Mieten zu überweisen – kurz: um gerade so zu überleben. Wie groß die Not ist, zeigt die Flut der Anträge, die bei den Ämtern eingehen. In Baden-Württemberg werden in der Anfangszeit bis zu 300 Anträge gestellt – pro Minute. In Berlin brechen beim ersten Ansturm die Server zusammen.

Trotz Rettungspaketen von Bund und Ländern gibt es Sorgen über Sorgen, Fragen über Fragen. Ob das Geld reicht. Ob man seine Mitarbeiter halten kann. Ob die beantragten Hilfen rechtzeitig kommen. Über allem steht das noch größere Fragezeichen: Wie soll es eigentlich weitergehen? Das gilt auch für Großkonzerne. Bei der Lufthansa standen 95 Prozent der Flugzeuge am Boden, weshalb die Airline nur mit Staatshilfen und Staatseinstieg gerettet werden kann. Der Mittelstand fühlt sich zunächst gar vergessen vom Bund. Für ihn stehen nur die Fördertöpfe der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) offen, für die der Bund zwar bürgen will, anfangs allerdings nur für 80 bis 90 Prozent der Kreditsumme. Das Problematische daran: Ob die Kredittöpfe angezapft werden können, entscheiden die Hausbanken der Firmen. Die werden nicht nur überrannt von Tausenden Anfragen, weshalb die Geldinstitute sogar ihre Ruheständler zurückholen, um die Arbeit zu bewältigen. Sie müssen auch für eine Kreditvergabe die Bonität des Kreditsuchers prüfen. Schwierig bei Unternehmen, deren Absatzmärkte weggebrochen oder Lieferketten gerissen sind. In der Krise ist kaum jemand mehr kreditwürdig. Weil es sich Banken nicht leisten können, auf Schulden sitzenzubleiben, sind Kreditzusagen zunächst fraglich. Als Unternehmens- und Bankenverbände Alarm schlagen, sichert der Bund schließlich 100 Prozent Kreditbürgschaft zu. Der Staat ist eben noch kreditwürdig.

Die Angst, dass die Coronakrise über eine Pleitewelle in eine Bankenkrise mutieren könnte, ist groß. Die Erinnerung an den langen Ansteckungsweg von der amerikanischen *Subprime*- über die Finanz- zur

Schuldenkrise ist noch allzu gegenwärtig. So wie der Spuk der Lehman-Krise bis in die heutige Zeit reicht, so könnte auch die Coronakrise noch zehn Jahre nachwirken.

Die Zukunft ist vor allem eines: ungewiss. Gewiss ist derzeit nur die desolate Lage auf dem Arbeitsmarkt. Immer mehr Menschen verlieren ihren Job, Neueinstellungen werden gestoppt. Der April-Bericht der Bundesagentur für Arbeit (BA) weist einen Anstieg der Arbeitslosen innerhalb eines Monats um mehr als 300 000 auf 2,644 Millionen aus. Es könnten über drei Millionen werden im Jahresverlauf 2020, prognostiziert das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit. Deutschland erlebt in Sachen Jobs eine »Vollbremsung«, wie es das ifo-Institut ausdrückt.

In den Vereinigten Staaten aber ist die Lage noch weit hoffnungsloser. In den ersten acht Wochen der Coronakrise melden sich 36 Millionen Menschen arbeitslos. Mehr als ein Fünftel der Arbeitskräfte. So schlimm war es in keiner Krise zuvor, selbst in der Finanzkrise nicht. Damals, im Oktober 2009, lag der Rekord bei 15 Millionen. Das Ende der aktuellen Arbeitsmarktkatastrophe ist noch nicht in Sicht. Der amerikanische Notenbanker James Bullard rechnet mit möglicherweise 46 Millionen Entlassungen und einer Explosion der Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent in der Vor-Corona-Zeit auf 30 Prozent. Im April waren es offiziell bereits 15 Prozent, wegen Fehlern bei der Datenerhebung vielleicht auch 20 Prozent. Das hat sich bereits deutlich in den privaten Konsumausgaben niedergeschlagen.

In Amerika spielt sich neben der Tragödie in den Krankenhäusern auch ein wirtschaftliches und soziales Drama ab. Arbeitslosengeld gibt es nämlich nur für 12 bis maximal 26 Wochen und je nach Bundesstaat nur einen Höchstbetrag von rund 1500 Dollar. Das wirklich Dramatische aber ist, dass in den Vereinigten Staaten mit dem Job meist auch die Krankenversicherung verloren geht. Millionen Amerikanern wird damit der Zugang zum Gesundheitssystem verwehrt – und das in Zeiten, in denen eine Krankenversicherung noch nie so überlebenswichtig war. Die Rettungspakete der Regierung über nunmehr 2,7 Billionen Dollar – umgerechnet rund 2,5 Billionen Euro – versprechen zwar direkte Zuschüsse, aber erst einmal nur für vier Monate. Was macht das mit der größten Volkswirtschaft der Welt, deren Kraft zu zwei Dritteln auf Konsum gebaut ist? Die US-Regierung hat die Gefahr erkannt und das Arbeitslosengeld bis November aufgestockt – bis zur US-Wahl.

In Deutschland ist die Situation komfortabler für die Menschen. Kurzarbeit verhindert erst einmal den totalen Jobverlust. Das stützt den Konsum und dämpft den Wirtschaftsabschwung von der Nachfrageseite her. Doch Sorgenfreiheit bedeutet das nicht. Anfangs stand die bange Frage im Raum, ob die Arbeits- und Sozialämter all die Anträge schnell genug bearbeiten können. Immerhin haben Unternehmen bis Ende April für mehr als zehn Millionen Menschen Kurzarbeit angemeldet – für mehr als 20 Prozent der Erwerbstätigen also. Dreimal mehr als im gesamten Krisenjahr 2009. Um die Antragsflut abzuarbeiten, musste die Bundesagentur Amtshilfe aus anderen Behörden anfordern. Rund 8500 Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter kümmerten sich um die Anträge, 14-mal mehr als im Normalfall. Diese Krise ist in jeder Hinsicht voller Superlative.

Im europäischen Vergleich ist das Kurzarbeitergeld allerdings jedoch nicht gerade üppig, nur 60 Prozent des entgangenen Nettolohns, mit Kindern sind es 67 Prozent. Damit sind wir laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung Schlusslicht in Europa. Zwar hat die Bundesregierung im Eilverfahren für die Coronakrise eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes beschlossen, ab dem vierten Monat kompensiert der Staat nun 70 Prozent, nach sieben Monaten 80 Prozent des Lohnausfalls (wer Kinder hat, bekommt jeweils sieben Prozentpunkte mehr). Allerdings kann Deutschland damit lediglich zum Mittelfeld aufschließen. Im europäischen Ranking greifen von den 15 Ländern aus der Studie vier Staaten – Irland,

Dänemark, die Niederlande und Norwegen – sogar mit 100 Prozent unter die Arme. Teils sind die Zahlen nicht vergleichbar, weil in einigen Ländern großzügigere Leistungen mit einer kürzeren Bezugsdauer einhergehen. Teils wird der Einkommensverlust in Deutschland auch durch tarifvertragliche Regelungen ausgeglichen. Doch gerade für Beschäftigte im klassischen Niedriglohnsektor gilt das oft nicht. Sie werden mit dem Kurzarbeitergeld nicht lange über die Runden kommen.

Immerhin gibt es auch eine gute Nachricht, die sich hinter der rekordhohen Kurzarbeiterzahl verbirgt: dass viele Betriebe ihre Mitarbeiter unbedingt halten wollen, sicherlich auch eine Folge des Facharbeitskräftemangels. Das birgt die Hoffnung, dass Deutschland, anders als die USA, ohne Massenarbeitslosigkeit auskommt.

Weltweit droht allerdings die Verarmung noch breiterer Bevölkerungsschichten. So wie bei der Spanischen Grippe, die 1918 und 1919 wütete. 50 Millionen Menschen fielen ihr zum Opfer. Es war eine der verheerendsten Seuchen der Menschheit – die auch viele Parallelen zu Corona aufweist, wie das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) ausführt. Der Grippevirus war ähnlich infektiös, und er ging ähnlich schnell um die Welt. Damals war die Wirtschaft zwar noch nicht so stark globalisiert wie heute. Aber die Truppenbewegungen des Ersten Weltkriegs dienten als Beschleuniger. Bei der Spanischen Grippe kamen dem DIE-Institut zufolge auf jeden Grippetoten vier Personen, die zwar überlebten, aber verarmten. So führte die Spanische Grippe zu einem globalen ökonomischen Schock.

Ähnlich wie in der aktuellen Coronakrise wurde in der Folge weniger produziert und konsumiert, die Einkommensarmut stieg in vielen Ländern stark an. Auch jetzt ist zu erwarten, dass, selbst wenn es am Arbeitsmarkt wieder aufwärtsgeht, die Menschen erst einmal weniger (Geld) für den Konsum übrig haben werden.

Eine positive Lehre lässt sich aus der damaligen Pandemie aber durchaus ziehen: Länder mit zumindest rudimentären sozialen Sicherungssystemen kamen besser mit den Folgen der Grippe zurecht, weil sie eine starke Verarmung der Bevölkerung verhinderten und die Binnennachfrage stützten. Daher auch der Appell des DIE, die sozialen Sicherungssysteme zu verbessern, nicht nur national, sondern in der ganzen Welt.

## **Die Billionen-Dollar-Frage**

Was sagen die Prognosen nun zu unserer wirtschaftlichen Zukunft? Setzen, Sechs! Auf dem Zeugnis 2020 wird die Weltwirtschaft ein ungenügend erhalten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) kommt fast nicht nach bei der Senkung seiner Prognosen. Erst im April sagte er einen Rückgang der globalen Wirtschaftsleistung von 3,0 Prozent voraus, im Juni will er »sehr wahrscheinlich« noch mal nachlegen. Wobei die Weltwirtschaft schon vor Corona krank war, als Folge von Trumps Handelskriegen geriet sie 2019 in die schwächste Phase seit der Finanzkrise. Sie wuchs nur noch um 2,9 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt oder kurz BIP, der wichtigsten Kennzahl zur Darstellung unserer Leistungskraft. Dieses Welt-BIP wuchs also noch um fast drei Prozent – das klingt eigentlich okay, wenn man das in der Regel deutlich langsamere Wachstum von Industrienationen zum Vergleich heranzieht. Aber bezogen auf die Weltwirtschaft war das in Schulnoten bereits eine Vier bis Fünf, weil sich darin verbarg, dass die sonst viel stärker wachsenden Entwicklungs- und Schwellenländer nicht mehr für genug Schubkraft sorgten. Für die Weltwirtschaft gelten halt andere Maßstäbe. Ein Plus von 2,5 Prozent heißt schon Rezessionsniveau, wie frühere Krisen zeigen. Davon waren wir nur ganz knapp entfernt.